

„Dieser wabernde deutsche Idealismus“

SPIEGEL-Redakteur Jürgen Leinemann bei „Nestbeschmutzer“ Günter Graß

Daß er von italienischen Linken als „Schwachkopf“ verhöhnt und von deutschen Rechten als Terroristen-Sympathisant verketzert wird — das nimmt er in Kauf. Da keilt er einfach mit gleichem Knüppel zurück: „Idiotie“ nennt er italienischen Verdacht, in Stammheim habe das „faschistische Bonn“ gemordet; „Lumperei“ heißt er Taten und Worte der Unions-Politiker Strauß und Filbinger im jüngsten Terroristen-Geschehen.

Es entspricht dem Selbstverständnis des Schriftstellers Günter Graß, im Ausland bisher zu den guten Deutschen gerechnet zu werden, während Landsleute daheim, die sich für die wirklich guten Deutschen halten, in ihm einen Nestbeschmutzer sehen. Die Doppelrolle als Verteidiger nach außen und Kritiker nach innen mag, so Graß, „paradox erscheinen. Aber das ist meine Position“.

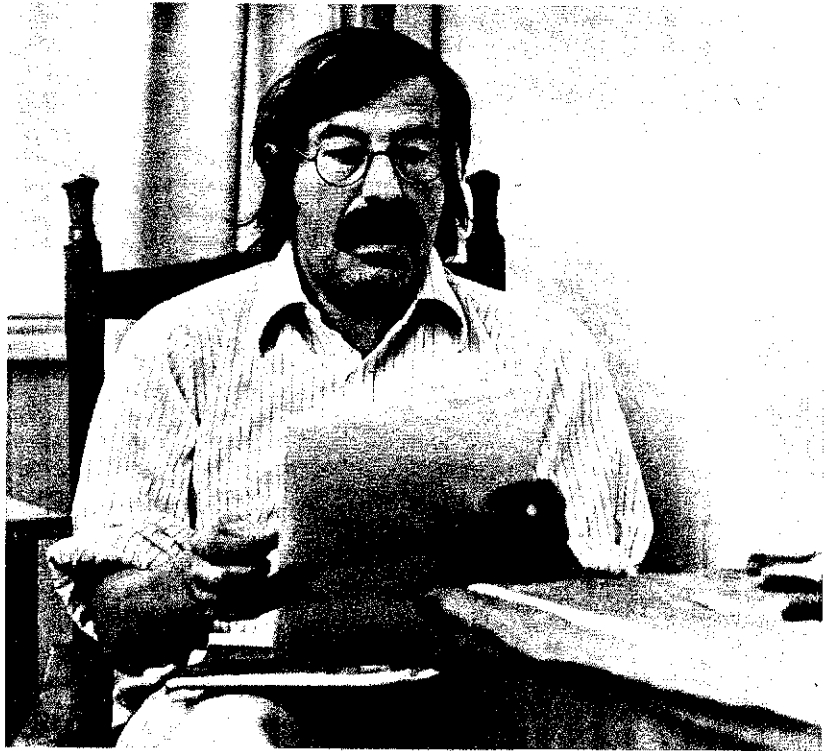
Nur läßt sie sich nicht beliebig durchhalten. Unlängst noch in Mailand, wohin ihn eine lange ausgesprochene Einladung „meiner Freunde“ von der Sozialistischen Partei rief, hielt er vier Stunden lang streitbar den „Haßgesängen und dem Nicht-verstehen-Wollen von Fakten“ italienischer Deutschenhetzer stand.

Inzwischen aber sind Graß Zweifel gekommen, „ob ich noch in der Lage bin, solche Klischeevorstellungen zu korrigieren“. Vorerst hat er keine weiteren Auftritte im Ausland auf seinem Terminkalender. Fast scheint es, als erwarte er zunächst ein Zeichen, daß der Staat in der Tat sich anders verhält, als ihm die pauschalen Verdächtiger im Ausland und die Terroristen im Inland unterstellen.

Alle Überlegungen über die politische Zukunft der Bundesrepublik beginnen für Graß zur Zeit mit Stammheim: Die Justiz-Affäre in Baden-Württemberg hat für ihn den gleichen Stellenwert, wie sie die Watergate-Affäre in den USA hatte.

An Aufklärung und Umgang mit den Selbstmorden von Stammheim wird sich, folgt man Graß, der Zustand unserer Demokratie ablesen lassen können: „Wenn Stammheim nicht aufgeklärt wird, wenn es der baden-württembergischen Regierung gelingen sollte, ihre Verantwortung unter den Teppich zu kehren, dann wäre das ein Sieg des Terrorismus.“

Mit weitreichenden Folgen. Einmal mehr erhalte mieser politischer Umgang mit der Macht Billigung, „das Beispiel Strauß, der ohne politische Einbußen das Parlament belügen durfte, wird bekräftigt“. Schon jetzt habe



Schriftsteller Graß: Für Linke „Schwachkopf“, für Rechte „Sympathisant“

die Bevölkerung den Eindruck, daß „die verächtliche Formel ‚Pack schlägt sich, Pack verträgt sich‘ bei uns zum politischen Protokoll geworden ist“.

„Wenn Stammheim nicht aufgeklärt wird, dann geht die Einschränkung unseres liberalen Rechtsstaates weiter“ — von der CDU betrieben und von den Bonner Regierungsparteien mitgemacht, „um das Schlimmste zu verhindern“. Das geschieht, glaubt Graß, gegen den Willen der Mehrheit des Volkes: „Der Durchschnittsbürger in der Bundesrepublik hat, trotz gelegentlicher Wutausbrüche, mehr demokratische Reife gezeigt als die Parteien“.

„Wenn Stammheim nicht aufgeklärt wird, weil auch die Presse nicht unter dem Teppich hervorholt, was die Politiker darunterkehren — dann ist das noch ein Sieg des Terrorismus.“ Auch für die Presse sei der Stuttgarter Justiz-Skandal gleich Watergate — doch Graß ist spürbar skeptisch.

Differenzierende Darstellung des Geschehens und seiner Ursachen, heute wichtiger denn je, werde in allen Bereichen immer schwieriger. Im Fernsehen „werden Konfliktfälle einfach wegmoderiert“ — „drei Minuten Graß werden mit sechs Minuten Walden ausgewogen“. Auch die liberalen Zeitungen und Zeitschriften hätten sich „weitgehend den Marktmechanismen angepaßt“, sagten nicht mehr deutlich ge-

nug, was ist. Aber „Voraussetzung für eine erfolgreiche Verteidigung des Rechtsstaates ist nun einmal eine funktionierende Öffentlichkeit“.

„Wenn Stammheim nicht aufgeklärt wird, dann machen viele Jugendliche Ensslin, Baader und Raspe zu ihren Märtyrern.“ Den jungen Deutschen, so glaubt Graß, genüge nicht mehr der „Vulgärmaterialismus, mit dem sie erzogen wurden. Das reicht denen nicht mehr, und jetzt fließt in dieses Vakuum wieder dieser wabernde deutsche Idealismus“. Graß im Blick auf 100 000 jugendliche Arbeitslose in der Bundesrepublik: „Was für ein Potential für künftige Unruhen, für Radikalisierung nicht nur nach links.“

Wenn Stammheim nicht aufgeklärt wird, dann verlieren laut Graß Schriftsteller wie Böll, Lenz, Rinser und er selbst auch ihre Glaubwürdigkeit als Vertreter eines demokratischen Deutschland im Ausland. Noch könnten sie ihr „beträchtliches Ansehen ins Feld führen, wenn es darum geht, Klischees über Deutschland abzubauen“.

Denn: „Im Gegensatz zu den Herren Strauß und Filbinger, die nur sich was geleistet haben, können wir einen konkreten Leistungsnachweis führen.“ In den Schaufenstern der Buchhandlungen von Paris, Amsterdam und Mailand könne man „die Arbeitsbiographien von Menschen besichtigen, die

hier zu Hause wie der letzte Mist behandelt werden“.

Daß zwei Monate nach Stammheim der „pauschale Generalangriff auf die Intellektuellen“ als Sympathisanten der Terroristen teils — „soweit Namen genannt wurden“ — abgewehrt, teils abgeflaut ist, beunruhigt Graß eher, als daß es ihn erleichtert.

Denn was der politische Literat da am Werke sieht, sind jene bundesdeutschen Mechanismen politischer Oberflächlichkeit, die im Handumdrehen nach jedem Ereignis neue Tagesordnungen produzieren, zu denen man übergeht, kaum ist „der obligate Aufschrei der Entrüstung“ verhallt.

Längst schon — so Graß — „läuft wieder ein anderer zweiköpfiger Hund

Vorgang“, der „ein gutes Stück Wohl und Wehe dieser Gesellschaft enthält“.

Kein Zweifel, der politische Literat Günter Graß stilisiert Stammheim zum Orakel, ob er denn weiter wie in Mailand guten Gewissens pauschale Verketzerungen der Bundesrepublik zurückweisen kann. Kein Zweifel aber auch, daß er nicht willkürlich irgendein austauschbares Geschehen mit unangemessener Bedeutung befrachtet, um für künftiges Verhalten ein Alibi zu haben.

Denn nicht nur Günter Graß war schon nach dem Selbstmord Ulrike Meinhofs betroffen über Parolen, wie sie etwa in der Universität von Amsterdam auftauchten: „Ulrike Meinhof — gefallen im Kampf gegen den Faschismus“. Inzwischen glauben viele wie er, daß eine radikale Minderheit an den

ÖLKONZERNE

Arm am Beutel

Im Streit um die Supergewinne aus deutschen Ölquellen soll Bonn nun entscheiden. Die Ölbranche selbst ist in zwei feindliche Lager gespalten.

Im Intercity ab Hamburg-Hauptbahnhof reisen Anfang dieser Woche zwei Dutzend Betriebsräte der Hamburger Mineralölgesellschaft BP in die Bundeshauptstadt Bonn am Rhein. Dort, im Hotel Bristol, wollen sie mit anderen Kollegen aus der Ölbranche eine Kundgebung für „sichere Arbeitsplätze durch Chancengleichheit am Mineralölmarkt“ gestalten.

Die Mannschaft der Bonn-Fahrer nämlich gehört jener Gruppe westdeutscher Mineralölunternehmen an, die sich in der Ursprache ihres Gewerbes als „Have-nots“ (im Gegensatz zu den „Haves“) bezeichnen.

Was die Have-nots nicht haben, sind eigene deutsche Öl- und Gasquellen, und das wiederum beklagen sie sehr: Öl und Gas aus westdeutschen Quellen fließen zwar nicht üppig und bedeuten auch viel Aufwand, indessen werden sie kaum besteuert.

Seit die Staaten des Opec-Rohöl-Kartells vor vier Jahren den Ölpreis von zwei auf acht und später fast zwölf Dollar je Barrel (159 Liter) hochgetrieben haben, ist das teure deutsche Öl deshalb billiger als jedes andere auf dem Weltmarkt.

Die Eigner deutscher Öl- und Gasquellen — Shell, Esso, Mobil Oil, Texaco und die BASF-Tochter Wintershall — konnten mit ihren heimischen Supergewinnen „windfall profits“ genannt, die am deutschen Markt chronischen Verluste bei der Verarbeitung importierten Rohöls immer wieder ausgleichen.

So schaffte es etwa die US-Tochterfirma Esso vergangenes Jahr, aus deutschem Grund bare 250 Millionen Mark Gewinne einzufahren, nahezu die gleiche Summe, die sie ihrem amerikanischen Großaktionär Exxon als Dividende überwies.

Auf über 2,1 Milliarden Mark Gewinn vor Steuern bezifferte der Hamburger Ökonomie-Professor Harald Jürgensen die windfall profits der „Haves“, etwa 900 Millionen davon allein aus dem Öl.

Der Kieler Ökonomie-Professor Manfred Willms setzt die Windfalls etwas vorsichtiger bei 1,579 Milliarden Mark an, 518 davon beim Öl. Bundesfinanzminister Hans Apel geht, noch bescheidener, von insgesamt 1,2 Milliarden Mark aus.

Die „Haves“ ziehen sich deshalb gerne auf die Zahlen des Bonner Finanzministeriums zurück. Die anderen, die der Professoren nämlich, erklären sie



Italienreisender Graß (Pfeil) in Mailand: „Zu Hause wie der letzte Mist behandelt“

durchs Dorf“ — ausgeleuchtet von den Scheinwerfern der Tagesschau-Teams, knallig eingefangen von den Schlagzeilen der Pressekonzerne, kurzatmig und schrill bejammert oder beklatscht von Politikern und Parteien.

Vor diesem Hintergrund — illustriert etwa durch das ruchlose Geschick, mit dem „der nun wahrhaftig rechtsextreme Franz Josef Strauß“ einen Skandal (seinen Chile-Auftritt) verschwinden läßt, indem er einen anderen (Unions-Spitzenkandidatur) auflöst — bekommt die Untersuchung von Stammheim für Graß die signalhafte Bedeutung, den Watergate-Symbolwert. Je beiläufiger die Justizaffäre in der Öffentlichkeit behandelt wird, desto mehr wird ihm ihre sorgsame Aufklärung und ihre politisch verantwortliche Bereinigung zum „einschneidenden

Rändern der zugleich mißtrauischen und zum Opportunismus erzogenen jungen Generation den Namen Meinhof längst durch Baader, Raspe, Ensslin ersetzt hat.

Nicht da freilich sieht Graß die Hauptgefahr. Mit vielen Politikern — insbesondere in der SPD — fragt er nach der verheerenden Wirkung auf die Mehrheit der jungen Generation, die schon jetzt mit passivem Zynismus hinnimmt, was immer ihr vorgeführt wird. Diese schweigende Jugend, so befürchtet Graß, bietet sich an als Zulauferschaft für jeden Demagogen, der geschickt genug ist, Marxismus und Umweltschutz, Antikernkraft-Wut und Haß auf „die da oben“ explosiv zusammenzufassen.

Graß: „Da muß nur einer kommen, der ein Bündel zu schnüren weiß.“